

Presseerklärung Bürgerinitiativen zur Stadtverordnetenversammlung vom 3.11.2015:

Zur Rede des Stadtverordneten Stadler nehmen wir wie folgt Stellung.

Angesichts der derzeitigen Flüchtlingssituation ist es an Zynismus kaum noch zu überbieten, wenn man Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens vor Krieg, Verfolgung und Unterdrückung fliehen, als Klimaflüchtlinge für eigene Zwecke missbraucht.

Der Grünen-Stadtverordnete Marcus Stadler spricht von einer Mitsprache der Stadt bei Windkraftvorranggebieten in Nidda . Es wird dadurch in der Bevölkerung der Anschein erweckt, dass das Regierungspräsidium der Stadt Nidda Windvorranggebiete überstülpen wolle, allerdings ist das Gegenteil der Fall. Auch ist es falsch zu behaupten, eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit sei nicht Aufgabe der Stadt. Der RP fordert ganz klar die Berücksichtigung der Mindestwindhöflichkeit - diese ist ein hartes Tabukriterium. Was Stadler verschweigt, sind die artenschutzrechtlichen Gründe, aus denen der RP den Eschberg und Raumertswald aus seinen Planungen herausgenommen hat. Wenn es um Windkraft geht, scheinen den Grünen in Nidda bei Ihren Entscheidungen ihre ursprünglichen Ziele verloren gegangen zu sein. Im Gegenteil, Arten- und Naturschutz spielen für sie in der Windkraftdebatte nur eine untergeordnete Rolle.

Insofern der Grünen-Sprecher behauptet, man wolle Flächen wie den Eschberg schützen, so widerspricht er sich selbst, denn bisher hat er sich dafür eingesetzt, dass der Eschberg auf Windkrafteignung untersucht wird. Nimmt man die Aussage aus der letzten Stadtverordnetenversammlung genau, so haben sich die Grünen bisher für Untersuchungen ausgesprochen, die sie eigentlich nicht wollen. Scheinbar spielt die desaströse finanzielle Situation der Stadt Nidda dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Ebenso ist uns schon mehrfach in Sitzungen aufgefallen, dass Stadler in Wölfersheim Verständnis für die Bevölkerung und Bürgerinitiative zeigt, hier in Nidda sucht man dies vergebens. Sind die Bürger seiner Heimatkommune ihm nicht wichtig?

Die BI´s sind der Meinung, dass es keinen Sinn macht, die Flächennutzungsplanänderung mit großem finanziellen Aufwand weiter zu verfolgen, bevor der in Planung befindliche Regionalplan verabschiedet ist.

Eine Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von Bürgerliste und CDU wäre ein Zeichen der Vernunft gewesen. Leider konnten SPD und Grüne nicht über ihren Schatten springen.